Satzung

des Studentenwerks im Saarland e. V.
vom 02. November 2010
STUDENTENWERK IM SAARLAND E. V.

SATZUNG

ÜBERSICHT

I. Allgemeine Bestimmungen §§ 1 – 3
   § 1 Name, Rechtsfähigkeit
   § 2 Sitz, Geschäftsjahr
   § 3 Zweck

II. Mitgliedschaft §§ 4 – 5
   § 4 Erwerb und Verlust
   § 5 Beiträge

III. Verfassung §§ 6 – 16
   A. Allgemeines § 6
      § 6 Organe des Vereins

   B. Mitgliederversammlung §§ 7 – 9
      § 7 Zuständigkeit
      § 8 Einberufung
      § 9 Beschlussfassung, Niederschrift

   C. Verwaltungsrat §§ 10 – 12
      § 10 Zusammensetzung, Bestellung
      § 11 Beratung und Beschlussfassung
      § 12 Zuständigkeit

   D. Vorstand §§ 13 – 16
      § 13 Zusammensetzung, Bestellung
      § 14 Vorsitzende/r des Vorstandes
      § 15 Beratung und Beschlussfassung
      § 16 Zuständigkeit

IV. Rechnungswesen §§ 17 – 18
   § 17 Wirtschaftsplan
   § 18 Jahresabschluss

V. Schlussbestimmungen §§ 19 – 20
   § 19 Satzungsänderung
   § 20 Auflösung des Vereins
SATZUNG

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Name, Rechtsfähigkeit
(1) Der Verein führt den Namen „Studentenwerk im Saarland e. V."
(2) Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen.

§ 2 Sitz, Geschäftsjahr
(1) Sitz des Vereins ist Saarbrücken.
(2) Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 3 Zweck
(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
(2) Zweck des Vereins ist die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe sowie Förderung der Jugendhilfe. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

(2.1.) die wirtschaftliche, soziale, psychologische und kulturelle Unterstützung und Förderung der Studierenden der Hochschulen des Saarlandes durch
a) Gewährung und Vermittlung von individuellen Leistungen an bedürftige Studierende
b) Errichtung und Betrieb von Verpflegungseinrichtungen für die Studierenden (Menschen und Erfrischungsräume)
c) Errichtung, Unterhaltung und Vermittlung von Unterkünften für Studierende
d) Errichtung und Unterhaltung von Kindergärten und -krippen für Kinder von Studierenden
e) Bereitstellung von Räumen für kulturelle Veranstaltungen der Studierenden
f) Durchführung und Unterstützung von kulturellen Veranstaltungen für und/oder mit Studierenden
g) Abschluss von Gruppenversicherungsverträgen zu Gunsten der Studierenden
h) Durchführung von Gesundheitsmaßnahmen
i) Errichtung und Unterhaltung einer psychologischen Beratungsstelle für Studierende
j) Errichtung und Unterhaltung einer sozialen Beratungsstelle für Studierende

(2.2.) die Versorgung von Schülerinnen und Schülern mit Essen durch:
a) Errichtung und Betrieb von Verpflegungseinrichtungen für Schülerinnen und Schüler an Schulen
b) Belieferung von Verpflegungseinrichtungen an Schulen mit Essen
c) Abgabe von Essen in den Verpflegungseinrichtungen gemäß § 3 Abs. 2 Ziffer 2.1.b

(2.3.) die Betreuung von Kindern nicht studentischer Eltern durch:
a) Errichtung und Unterhaltung von Kindergärten und -krippen für Kinder von nicht studentischen Eltern
b) Belieferung von Kindergärten und -krippen mit Essen

II. Mitgliedschaft

§ 4 Erwerb und Verlust
(1) Die Mitgliedschaft wird erworben:
1. von Angehörigen der Universität durch Beitrittserklärung
2. von sonstigen natürlichen Personen und von juristischen Personen durch Aufnahme aufgrund eines Antrages
3. von den Mitgliedern des Verwaltungsrates und des Vorstandes, sofern sie nicht schon unter Nr. 1 oder Nr. 2 Mitglieder sind, durch Übernahme ihres Amtes
(2) Die nach Absatz 1 Nr. 3 erworbene Mitgliedschaft erlischt mit der Beendigung des Amtes. Die nach Absatz 1 Nr. 1 oder 2 erworbene Mitgliedschaft erlischt durch Austritt oder durch Ausschluss aus wichtigem Grund (§ 7 Abs. 1 Nr. 4). Die nach Absatz 1 Nr. 1 erworbene Mitgliedschaft erlischt weiter mit der Beendigung der Zugehörigkeit zur Universität.
(3) Beitrittserklärungen, Aufnahmeanträge und Austrittserklärungen sind schriftlich der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Vorstandes über abzugeben.
(4) Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Beitritt und Wiederaufnahme ausgeschlossener Mitglieder ist nur mit Zustimmung der Mitgliederversammlung zulässig.

§ 5 Beiträge
Die Mitglieder zahlen einen jährlichen Beitrag, dessen Höhe sie durch Selbstbeurteilung bestimmen.

III. Verfassung

A. Allgemeines

§ 6 Organe des Vereins
Organe des Vereins sind:
1. die Mitgliederversammlung
2. der Verwaltungsrat
3. der Vorstand
B. Mitgliederversammlung

§ 7 Zuständigkeit
(1) Die Mitgliederversammlung beschließt:
1. über die Änderung der Satzung (§ 19)
2. über die Auflösung oder Aufhebung des Vereins (§ 20)
3. über die Entlastung des Vorstandes (§ 8 Abs. 2)
4. über den Ausschluss von Mitgliedern aus wichtigem Grund (§ 4 Abs. 2 Satz 2)
5. über die Wiederaufnahme von ausgeschlossenen Mitgliedern (§ 4 Abs. 4 Satz 2)
6. über die Bestellung von Mitgliedern des Verwaltungsrates (§ 10 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3, Abs. 5 Satz 4)
7. über die Zuwendungen an die Vorstandsmitglieder (§ 3 Abs. 3)

(2) Sonstige Angelegenheiten des Vereins sind auf schriftlichen Antrag eines Zehntels der Mitglieder, des Verwaltungsrates, der Präsidentin oder des Präsidenten der Universität, der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden oder der Doppelspitze des Allgemeinen Studierendenausschusses der Mitgliederversammlung zur Beratung und Stellungnahme vorzulegen.

§ 8 Einberufung
(1) Die Mitgliederversammlung wird von dem Vorstand einberufen. Der Vorstand ist zur Einberufung verpflichtet, wenn ein Zehntel der Mitglieder, des Verwaltungsrates, die Präsidentin oder der Präsident der Universität, die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder die Doppelspitze des Allgemeinen Studierendenausschusses die Einberufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen.

(2) Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Geschäftsjahr zur Entgegennahme eines Berichts des Vorstandes über die Lage des Vereins und zur Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes einzuberufen.


(4) Bei der Einberufung ist der Zweck der Mitgliederversammlung (Tagesordnung) bekannt zu geben. Über Gegenstände, deren Verhandlung nicht ordnungsgemäß angekündigt war, können keine Beschlüsse gefasst werden.

§ 9 Beschlussfassung, Niederschrift
(1) Die Mitgliederversammlung beschließt, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

(2) Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung kann auch schriftlich erfolgen. In diesem Fall kommen Beschlüsse wirksam zustande, wenn die erforderliche Mehrheit der Mitglieder ihre Zustimmung schriftlich (Brief oder Email) erklärt.
(3) Beschlüsse können auch durch kombinierte Abstimmung (Stimmabgabe in der Mitgliederversammlung und schriftliche Stimmabgabe) gefasst werden. In diesem Fall kommen Beschlüsse wirksam zustande, wenn mit der Summe der in der Mitgliederversammlung abgegebenen und der schriftlich erklärten Zustimmungen die erforderliche Mehrheit der Mitglieder erreicht wird.

(4) Bei schriftlicher oder kombinierter Abstimmung ist der Beschluss erst mit Feststellung und Mitteilung des Beschlussergebnisses an die Mitglieder gefasst.


C. Verwaltungsrat

§ 10 Zusammensetzung, Bestellung

(1) Dem Verwaltungsrat gehören an:
1. Die Präsidentin oder der Präsident und drei weitere Angehörige der Universität, die der Senat für drei Jahre bestellt.
2. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder ein Mitglied der Doppelspitze des Allgemeinen Studierendenausschusses und vier weitere Angehörige der Universität, die das Studierendenparlament für ein Jahr bestellt.
3. Vier die Landesregierung vertretende Personen, und zwar je eine vertretende Person für die Ministerin oder den Minister
   - für Wissenschaft
   - für Finanzen
   - für Soziales
   - für Bauwesen.
4. Drei von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählte Personen, die nicht der Universität angehören.

(2) Vorsitzende oder Vorsitzender des Verwaltungsrates ist die Präsidentin oder der Präsident der Universität.

(3) Die Bestellung von Mitgliedern nach Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 kann aus wichtigem Grund widerrufen werden.

(4) Befristet bestellte Mitglieder bleiben bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers im Amt. Die Wiederbestellung solcher Mitglieder ist zulässig.


(6) Mitglieder des Vorstandes können nicht Mitglied oder stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates sein.
§ 11 Beratung und Beschlussfassung
(1) Der Verwaltungsrat tritt mindestens einmal im Semester zusammen.
(2) Der Verwaltungsrat wird von der oder dem Vorsitzenden einberufen oder der Vorsitzende ist zur Einberufung verpflichtet, wenn der Vorstand, die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder die Doppelspitze des Allgemeinen Studierendenausschusses oder drei sonstige Mitglieder des Verwaltungsrates die Einberufung unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen.
(3) Der Vorstand kann an den Verhandlungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 12 Zuständigkeit
(1) Der Verwaltungsrat beschließt über:
1. die Bestellung der Mitglieder des Vorstandes (§ 13 Abs. 1 bis 3) und der Ersatzmitglieder für die von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden oder der Doppelspitze des Allgemeinen Studierendenausschusses vorgeschlagenen Vorstandsmitglieder (§ 13 Abs. 5)
2. die Ernennung der oder des Vorsitzenden des Vorstandes und ihrer oder seiner Stellvertreterin oder Stellvertreters (§ 14 Abs. 1)
3. die Aufstellung von Richtlinien für die Geschäftsführung (§ 16 Abs. 1)
4. die Zustimmung zu bestimmten Maßnahmen der Geschäftsführung (§ 16 Abs. 3, 4)
5. die Feststellung des Wirtschaftsplanes (§ 17)
6. die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 18)
7. die Zustimmung zu bestimmten Beschlüssen der Mitgliederversammlung (§§ 3 Abs. 3 i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 7, 19, 20)
8. die Aufnahme neuer oder die grundlegende Änderung bestehender Betätigungsfelder gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung
(2) Der Verwaltungsrat überwacht und prüft die Geschäftsführung. Er bildet zu diesem Zweck aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss. Dem Prüfungsausschuss muss mindestens ein Mitglied aus jedem der in § 10 Abs. 1 bis 3 genannten Personenkreise angehören.
D. Vorstand

§ 13 Zusammensetzung, Bestellung
(1) Der Vorstand besteht aus sechs Mitgliedern.
(6) Für die Ersatzmitglieder gelten die Absätze 2 bis 4 entsprechend.

§ 14 Vorsitzende oder Vorsitzender des Vorstandes
(1) Der Verwaltungsrat ernennt aus den Mitgliedern die oder den Vorsitzenden und die oder den Stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes. § 13 Abs. 4 gilt sinngemäß.
(2) Die oder der Vorsitzende des Vorstandes ist Vorstand im Sinne von § 26 BGB.
Sie oder er vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.
§ 15 Beratung und Beschlussfassung
(1) Der Vorstand berät und beschließt in Sitzungen, welche die oder der Vorsitzende einberuft.
(2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Die Regelungen in § 9 Abs. 2 bis 4 dieser Satzung gelten entsprechend. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.
(3) Die Präsidentin oder der Präsident der Universität und die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder die Doppelspitze des Allgemeinen Studierendenausschusses sind zu allen Verhandlungen des Vorstandes einzuladen. Sie können an diesen Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen. § 10 Abs. 5 Satz 1, 2 gilt sinngemäß.
(4) Über die Verhandlungen ist eine Niederschrift aufzunehmen, die von der oder dem Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen ist.

§ 16 Zuständigkeit
(1) Der Vorstand leitet den Verein und führt dessen Geschäfte nach den Richtlinien des Verwaltungsrates. Er wird dabei von einer hauptamtlichen Geschäftsführerin oder einem hauptamtlichen Geschäftsführer unterstützt.
(2) Der Vorstand kann die Führung bestimmter Geschäfte einzelnen seiner Mitglieder übertragen.
(3) Der Zustimmung des Verwaltungsrates bedürfen:
   1. die Einstellung oder Abberufung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers
   2. der Abschluss oder die Kündigung von Betriebsvereinbarungen
   3. die Verfügung über Grundstücke oder Grundstücksrechte sowie die Eingehung einer Verpflichtung zu einer solchen Verfügung
   4. der Beitritt zu Verbänden oder Vereinigungen sowie der Austritt aus solchen Organisationen
(4) Der Verwaltungsrat kann weitere Geschäfte für zustimmungsbedürftig erklären.

IV. Rechnungswesen

§ 17 Wirtschaftsplan
(1) Der Vorstand hat rechtzeitig vor Beginn eines Geschäftsjahres den Wirtschaftsplan für dieses Geschäftsjahr aufzustellen und dem Verwaltungsrat vorzulegen.
(2) Genehmigt der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan, so ist dieser festgestellt.
§ 18  **Jahresabschluss**

(1) Der Vorstand hat alsbald nach Ablauf eines Geschäftsjahres für dieses Geschäftsjahr die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabschluss) aufzustellen und dem Verwaltungsrat vorzulegen.

(2) Der Jahresabschluss wird vom Prüfungsausschuss des Verwaltungsrates geprüft.

(3) Genehmigt der Verwaltungsrat den Jahresabschluss, so ist dieser festgestellt.

**V. Schlussbestimmungen**

§ 19  **Satzungsänderung**

(1) Die Satzung kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung geändert werden. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder.

(2) Der Beschluss der Mitgliederversammlung bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates. Die Zustimmung kann nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§ 20  **Auflösung oder Aufhebung des Vereins.**

(1) Die Mitgliederversammlung kann die Auflösung oder Aufhebung des Vereins sowie den Wegfall steuerbegünstigter Zwecke beschließen. § 19 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 gilt sinngemäß.

(2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall aller steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Universität des Saarlandes, die es ausschließlich für die in § 3 dieser Satzung genannten Zwecke zu verwenden hat.

Saarbrücken, im November 2010

[Unterschrift]

Vorsitzender des Vorstandes

Professor Dr. Heinz Kußmaul

beschlossen in der Mitgliederversammlung am 02.11.2010

genehmigt in der Verwaltungsratssitzung am 02.11.2010